Deutscher Bundestag **Drucksache 16/10568**

16. Wahlperiode 14. 10. 2008

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Paul Schäfer (Köln), Monika Knoche, Hüseyin-Kenan Aydin, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 16/10479 –

zu der ersten Beratung des Antrags der Bundesregierung
– Drucksache 16/10473 –

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) unter Führung der NATO auf Grundlage der Resolution 1386 (2001) und folgender Resolutionen, zuletzt Resolution 1833 (2008) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen

A. Problem

Die Bundesregierung hat am 7. Oktober 2008 die Fortsetzung der Beteiligung deutscher Streitkräfte an dem Einsatz der Internationalen Sicherheitsunterstützungstruppe in Afghanistan (International Security Assistance Force, ISAF) unter Führung der NATO auf der Grundlage der Resolutionen 1386 (2001) und folgender Resolutionen, zuletzt Resolution 1833 (2008) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen für weitere vierzehn Monate über den 13. Oktober 2008 hinaus beschlossen und dafür die Zustimmung des Deutschen Bundestages beantragt (Drucksache 16/10473).

Die Antragsteller wenden sich gegen einen weiteren Einsatz deutscher Streitkräfte in Afghanistan und verlangen, das aktuelle Mandat für ihren Einsatz nicht zu verlängern, sondern unverzüglich mit dem Abzug deutscher Soldaten zu beginnen. Die NATO hat sich nach Auffassung der Antragsteller als ungeeignet erwiesen, eine stabilisierende und konstruktive Rolle beim demokratischen Wiederaufbau des Landes zu spielen. Die Sicherheitslage habe sich verschlechtert, was sich insbesondere in einem deutlichen Anstieg der Zahl der Opfer bewaffneter Zwischenfälle gerade unter der Zivilbevölkerung niederschlage. Die militärische Strategie der NATO sei offenkundig gescheitert. Erforderlich sei ein Wechsel der Strategie, die künftig auf die Förderung des innerafghanischen Friedensprozesses und die Unterstützung des Demokratisierungsprozesses mit ausschließlich zivilen Mitteln gerichtet sein müsse.

B. Lösung

Ablehnung des Entschließungsantrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/10479 abzulehnen.

Berlin, den 14. Oktober 2008

Der Auswärtige Ausschuss

Ruprecht Polenz
Vorsitzender

Eckart von Klaeden
Berichterstatter

Dr. Werner Hoyer
Berichterstatter

Kerstin Müller (Köln)
Berichterstatterin

Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Berichterstatter

Wolfgang Gehrcke
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Eckart von Klaeden, Gert Weisskirchen (Wiesloch), Dr. Werner Hoyer, Wolfgang Gehrcke und Kerstin Müller (Köln)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Entschließungsantrag auf **Drucksache 16/10479** in seiner 181. Sitzung am 7. Oktober 2008 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Rechtsausschuss, dem Verteidigungsausschuss, dem Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe und dem Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Rechtsausschuss** hat den Entschließungsantrag in seiner 111. Sitzung am 7. Oktober 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Entschließungsantrag in seiner 88. Sitzung am 8. Oktober 2008 anberaten und empfiehlt in seiner 89. Sitzung am 14. Oktober 2008 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Entschließungsantrag in seiner 68. Sitzung am 8. Oktober 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Entschließungsantrag in seiner 71. Sitzung am 13. Oktober 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

III. Beratung im Auswärtigen Ausschuss

Der Auswärtige Ausschuss hat den Entschließungsantrag in seiner 73. Sitzung am 14. Oktober 2008 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung.

Berlin, den 14. Oktober 2008

Eckart von Klaeden
Berichterstatter

Gert Weisskirchen (Wiesloch)
Berichterstatter

Dr. Werner Hoyer
Berichterstatter

Wolfgang Gehrcke
Berichterstatter

Kerstin Müller (Köln)
Berichterstatterin

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333